

Heikle Vorhersagen zur Altersvorsorge

Die AHV-Reform rechnet mit hoher Zuwanderung – neuste Trends widersprechen dem

Von Dominik Feusi, Bern

Es ist das Hautargument der Befürworter aus SP, Grünen und CVP für die Reform der Altersvorsorge, die Ende September an die Urne kommt: Mit der Vorlage werde die Rente langfristig gesichert und «Milliarden-defizite» verhindert. Deshalb seien die zusätzlichen Einnahmen aus Mehrwertsteuer und Lohnprozente, zwischen fünf und sechs Milliarden Franken pro Jahr, gerechtfertigt.

Gemäss Berechnungen des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) verschafft die Reform allerdings nur gerade fünf Jahre Atempause (siehe Kasten). Auch bei einem Ja ist die AHV ab 2027 mit Milliardendefiziten wieder in einer Schieflage – bei einem Nein bereits 2022. Auch für die berufliche Vorsorge, die zweite Säule des Schweizer Rentensystems, bringt die Reform mit der Senkung des Umwandlungssatzes nur eine leichte Anpassung an die gesteigerte Lebenserwartung.

Die Berechnungen des BSV beruhen auf Voraussagen hinsichtlich der Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft. Wächst die arbeitende Bevölkerung oder deren Löhne, bedeutet das zusätzliche Einnahmen für die AHV. Nimmt die Bevölkerung ab oder stagnieren die Löhne, bedeutet das rascher neue Defizite in der ersten Säule. Das Bundesamt hält sich dabei streng an das Hauptszenario des Bundesamts für Statistik (BfS) und die

Annahmen über die Preis- und Lohnentwicklung der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV).

Das BfS hat die Bevölkerungsentwicklung vor zwei Jahren zum letzten Mal geschätzt. Vorab schreibt das Bundesamt, dass die Bevölkerungsentwicklung «fast ausschliesslich von der Wanderungsbewegung» beeinflusst werde. Entscheidend für die AHV ist also, wie sich die Migration entwickelt. Im Referenzszenario geht das BfS von einer langfristigen Nettozuwanderung von 60 000 Personen pro Jahr bis 2030 aus, davon sollen 50 000 über die Personenfreizügigkeit aus dem EU- oder Efta-Raum in die Schweiz kommen.

Diese Personen sind für die AHV besonders wichtig, weil sie in aller Regel auch arbeiten und damit Lohnprozente abliefern, im Gegensatz zu Flüchtlingen. Aber ausgerechnet diese Zuwanderung aus Europa schwankt gemäss BfS am stärksten und ist deshalb schwierig vorauszusagen. Das BfS schreibt deshalb, eine langfristige Schätzung sei «heikel».

Nur schwer berechenbar

Wie heikel das werden könnte, zeigen die neusten Zahlen zur Zuwanderung, welche das Staatssekretariat für Migration (SEM) diese Woche verschickt hat. Der Bericht enthält die Zahlen für den Juni 2017 und eine Zusammenfassung für die ganze erste Hälfte des laufenden Jahres. Die Zuwanderung insbesondere aus Europa

ist zwar mit 63 000 Personen in sechs Monaten nur wenig tiefer als 2016, der Saldo, also die Netto-Zuwanderung, ist aber deutlich gesunken.

Rechnet man die erste Hälfte dieses Jahres auf das ganze Jahr hoch, beträgt die Netto-Zuwanderung 51 000 Personen, fast 10 000 Personen weniger, als das Referenzszenario des BfS schätzt und das BSV der Altersreform zugrunde legt. Nimmt man nur den Monat Juni, so sieht es noch schlimmer aus, dann würden rund 20 000 Zuwanderer pro Jahr fehlen, die in die AHV einzahlen.

Bleibt die Zuwanderung aus dem entscheidenden EU- und Efta-Raum so tief wie im ersten Halbjahr 2017, dann kommen im 2017 nur 30 000 Personen aus diesen Ländern in den Schweizer Arbeitsmarkt und als zusätzliche Zahler in die AHV. Das wären wiederum

20 000 Personen weniger, als der Berechnung des BSV für die Altersreform zugrunde liegen. Was das für die AHV bedeutet, wenn diese Personen fehlen, lässt sich nur schwer voraussagen. Die von den Befürwortern behauptete «langfristige Sicherung der AHV» würde aber noch kürzer ausfallen als die berechneten fünf Jahre.

Bei der Lohnentwicklung sind die Annahmen des Bundes ebenfalls optimistisch. Die Finanzverwaltung rechnet mit einem Produktivitätsfortschritt und entsprechenden Lohnsteigerungen, der zwar dem Durchschnitt von 1992 bis 2014 entspricht, der aber kaum bis ins Jahr 2045 so weitergehen wird, wie das BSV es behauptet. Gerade in den letzten Jahren war das Produktivitätswachstum kleiner, weil vor allem der Staat wuchs. Das gefährdet die Reform zusätzlich.

Fünf Milliarden für fünf Jahre mehr Zeit

Kosten. Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) hat die genauen Zahlen, wie sich die AHV entwickeln wird, für das Parlament zusammengestellt – sowohl für eine Zustimmung wie auch für den Fall, dass die Reform abgelehnt und keine neue Vorlage beschlossen wird. Daraus ergibt sich, dass die gut fünf Milliarden zusätzlichen Geld pro Jahr das Problem in der Altersvorsorge um fünf Jahre nach hinten verschieben. Auch mit einem Ja zur Reform fällt das Umlageergebnis der AHV 2027 ins

Minus, und zwar gleich um gut eine Milliarde Franken, und dies trotz 16 Milliarden Franken, die die AHV schon aus Steuermitteln zusätzlich zu den eigentlichen Lohnbeiträgen erhält. Das entspricht etwa der Situation wie sie ohne Reform 2022 eintritt. Im Jahr 2030 ist das Umlageverfahren mit der Reform bereits um knapp drei Milliarden Franken pro Jahr im Defizit. Ohne Reform wären es 7 Milliarden Franken. Diesen Wert erreicht die AHV mit einem Ja zur Reform gemäss den Berechnungen des BSV im Jahr 2035.

Die Fremdplatzierung von Kindern und Jugendlichen geht nicht selten mit horrenden Kosten einher

Das grosse Geschäft mit den Kleinen

Von Barbara Steinemann

Mittlerweile ist die Empörung über den jungen Teenager, dessen Rundum-Betreuung offenbar mit 85 000 Franken für die Allgemeinheit zu Buche schlägt, etwas abgeflaut. Aber auch die alltäglichen, ganz gewöhnlichen Fremdplatzierungen sind es wert, einen kritischen Blick darauf zu werfen.

Dass die Betreuung und das Umsorgen von Kindern in Not zum lukrativen Geschäftsmodell geworden ist, zeigten vor einiger Zeit auch die Schlagzeilen im Kanton Aargau: Der Vater einer vorläufig aufgenommenen Familie aus Afghanistan hatte die Mutter getötet. Die Platzierung der drei Kinder schlug mit 19 000 Franken pro Monat zu Buche – pro Kind; also 57 000 Franken monatliche Kosten, um drei Kinder unterzubringen.

Nicht die Betreuung an sich, sondern das Ausmass stösst auf Unverständnis. Im betroffenen Kinderheim Brugg beträgt die Unterbringung in der Notfallgruppe 608 Franken pauschal pro Tag beziehungsweise Nacht. Für die insgesamt neun Plätze nimmt das Heim also 164 160 Franken pro Monat und demzufolge 1 969 920 Franken pro Jahr ein. Wer möchte da nicht auch ein Kinderheim eröffnen, denkt man sich sogleich.

Es braucht vernünftige Grenzen

Wie kommt es, dass für eine unbestritten wichtige Aufgabe des Staates scheinbar keine vernünftigen Verhältnisse und Grenzen existieren? Notabene für eine Aufgabe, die Eltern immer noch entgeltlos erfüllen und bis vor wenigen Jahren sogar Pflegefamilien aus reinem Pflichtbewusstsein der Gesellschaft und den Mitmenschen gegenüber unentgeltlich machten.

Die enormen Summen verleiten zur Vermutung, mit der Not von Kindern sei das grosse Geschäft zu machen. Ganz gewöhnliche Fremdplatzierungen belaufen sich im Raum Zürich auf Kosten von rund 166 000 Franken pro Jahr, für schwierige Fälle dürfte schnell die Höhe einer Viertelmillion erreichen werden.

Es ist richtig und wichtig, dass Fälle und Kosten dieser Staatsaufgabe publik werden, das Öffentlichkeitsprinzip soll hier keine Ausnahme erfahren: Mit offenem Visier wird deswegen noch



Der weite Begriff des Kindeswohls. Über manche fremdplatzierten Kinder beugen sich ein Dutzend Akteure und die meisten verdienen an deren Schicksal.

lange nicht gespielt. Wer nach der Zusammensetzung der Kosten fragt und Transparenz einfordert, stösst auf vage Aussagen und unvollständige Zahlen. Sich in die Bücher schauen lassen will niemand, auf kritische Nachfragen reagieren die Vertreter des Sozialindustries ziemlich empfindlich und wenig souverän. Sie reklamieren ein Monopol auf die Fähigkeit, zu wissen was gut für das Kind ist und was nicht und umgeben sich mit einem Unfehlbarkeitsdogma, das keinerlei Hinterfragen duldet.

Gewählte kommunale Behördenvertreter hätten keine Ahnung, daher sei die Aufgabe der Kinderplatzierungen dem Einflussbereich der Gemeinden zu entziehen, ist in etwa

die Entgegnung, wenn man auf die horrenden Kosten hinweist, Schlagworte wie «Kindwohl» oder «Qualitätssicherung» sind die rechtfertigenden Begriffe. Genauer hinschauen würde wohl vielen Sozialbediensteten das Geschäft verderben.

Wer in Not geratenen Kindern hilft, agiert nicht per se aus einer höheren moralischen Position. Das zeigt sich auch bei einem neu aufgekommene Phänomen der Fremdplatzierungsorganisation (FPO): Mitarbeiter der Jugendämter und Beistände geben zum Besten, für die Suche nach einer geeigneten Pflegefamilie seien sie «nicht zuständig». Daher schalten sie einen Vermittler ein, der einen Platz sucht und mit diesem über die

Entschädigung und die Bedingungen der Kinderplatzierung verhandelt.

Von der monatlichen Entschädigung, welche die Gemeinde oder der Kanton zahlen muss – bis 15 000 Franken pro Monat und das oft bis zur Volljährigkeit des Kindes – streicht die FPO oftmals mehr als die Hälfte ein – als Dauergegenleistung für die «professionelle Begleitung» des Pflegekind-Verhältnisses. Der freie Träger, oft als juristische Person – also GmbH, AG oder Verein – organisiert, vermittelt die Betreuung und hat ein finanzielles Interesse daran, dass das Platzierungsverhältnis aufrechterhalten bleibt.

Aus den Fugen geraten

Bei aller Anerkennung für die schwierige Aufgabe zeigen diese Fälle exemplarisch, dass letztlich oftmals keine verlässliche Bezugsperson für das Kind da ist und wie eine wichtige staatliche Aufgabe aus den Fugen geraten ist, nicht zuletzt auch, weil zahlreiche Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Therapeuten, Jugendamt-Mitarbeiter, Beistände und Sozialbegleiter involviert sind.

Wirklich Verantwortung übernimmt keiner. Über manche fremdplatzierten Kinder beugen sich ein Dutzend Akteure und die meisten verdienen mit der Vermittlung von Heimplätzen und Pflegeeltern, mit Therapien, Gutachten, Begleitung, Betreuung und «Spezialbeschulung» an ihrem Schicksal. Als Rechtfertigung dient der Hinweis auf angeblich zukünftig eingesparte Kosten und die mutmassliche Verhinderung von Schlimmerem wie Abdriften in die Kriminalität oder Drogen.

Ob das alles gut ist für das Kind oder ob es gar seinem Willen zuwiderläuft, steht in den Sternen. Ähnlich wie bei der Kesb müssen auch bei diesen Massnahmen Beistände und Jugendamt-Mitarbeiter nicht auf die Meinung der Kinder oder ihrer Angehörigen Rücksicht nehmen.



Barbara Steinemann, Regensdorf (ZH), ist Nationalrätin der SVP.

Radio weiterhin sehr beliebt

Der Grossteil der Schweizer Bevölkerung schaltet täglich ein

Bern. Das Radio hat in der Schweiz eine treue Hörschaft. Neun von zehn Personen hören täglich Radio. Die Deutschschweizer nutzen das Medium im Schnitt 114 Minuten pro Tag. Die Bevölkerung in der italienischen Schweiz hört 112 Minuten Radio und die Romands nutzen es noch 97 Minuten am Tag. Dies zeigen die Radio-nutzungszahlen des ersten Halbjahres 2017 von Mediapulse.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum hörten die Schweizer etwa 4 Minuten weniger lang Radio. Auch die Reichweite ging leicht zurück. An einem durchschnittlichen Tag kamen im ersten Halbjahr 86 Prozent der Deutschschweizer in Kontakt mit einem Radiosendern. In der Romandie waren es 83 Prozent, im Tessin 88 Prozent.

Die Sender der SRG SSR halten die grössten Marktanteile. In der italienischen Schweiz verbuchen diese drei Viertel, in den anderen beiden Sprachregionen knapp zwei Drittel des Radio-konsums für sich. Dennoch haben die SRG-Angebote in allen drei Landesteilen Marktanteile zugunsten der einheimischen Privatradios eingebüsst. Deren kumulierter Marktanteil lag in der Deutschschweiz bei 32 Prozent, in der Westschweiz bei 25 Prozent und in der Svizzera Italiana bei 17 Prozent.

Der Verband Schweizer Privatradios teilte mit, er sehe diese «erfreuliche Entwicklung» als Bestätigung für die Beliebtheit und die gesellschaftliche Bedeutung regionaler Programme. SDA

Nachrichten

Schweizer Holzschlag bleibt Verlustgeschäft

Bern/Neuenburg. Sinkende Preise und ausländische Konkurrenz machen der heimischen Forstwirtschaft zu schaffen. 2016 erreichte die Holzernete den tiefsten Stand seit fast 20 Jahren. Die meisten Schweizer Forstbetriebe sind in den roten Zahlen. Letztes Jahr wurden in den Schweizer Wäldern insgesamt 4,46 Millionen Kubikmeter Holz geschlagen. Das sind 2 Prozent weniger als 2015. Geringer war die Holzernete letztmals 1997. Ohne den Wald zu übernutzen, könnten pro Jahr bis zu 8 Millionen Kubikmeter geerntet werden. Während sich die Holzernete im Privatwald nach einem Einbruch im Vorjahr (-16 Prozent) wieder stabilisierte, wurde in den öffentlichen Wäldern 2,5 Prozent weniger Holz geerntet. Grösster Holzlieferant war letztes Jahr der Kanton Bern. SDA

Freiburger Kantonsspital wird durchleuchtet

Freiburg. Die Führung des Freiburger Kantonsspitals wird von externen Fachleuten überprüft. Das Audit soll unter anderem die Funktionsweise von Verwaltungsrat und Direktionsrat sowie der verschiedenen Direktionen unter die Lupe nehmen. Der Verwaltungsrat hat sich für die externe Untersuchung entschieden. Der Präsident des Verwaltungsrats, Philippe Menoud, bestätigte auf Anfrage eine Meldung der Zeitung *La Liberté* vom Donnerstag. Zehn Jahre nach der Schaffung des Kantonsspitals in der heutigen Form brauche es eine Überprüfung der Führungsstruktur. SDA

Ausstellung zur Gewässerkorrektion

Bern. Der Bund und die fünf beteiligten Kantone feiern das 150-Jahre-Jubiläum der Juragewässerkorrektion mit einer Wanderausstellung. Die Schau mit dem Namen «Pegelstand» tourt noch bis 22. Oktober durch die Drei-Seen-Region. Die in zwei Schiffscontainern untergebrachte Ausstellung zeigt nebst der Ingenieurleistung die damaligen prekären Lebensverhältnisse im Sumpfgebiet, wo Armut, Hunger und Krankheiten zum Alltag gehörten. Der zweite Teil der Ausstellung thematisiert die Hochwassergefahr im 21. Jahrhundert als Folge des Klimawandels. SDA